

## Die Beziehungen zwischen den USA und China: Amerikas aktuelle Chinaforschung

Oliver Blank

*The relations between the US and China have a big impact on our world's future and are of primary concern of many American scholars. They either focus on the relationship in general or on single aspects. Some analyze the economic and strategic importance of China for the US, some discuss the quality of the relationship and its meaning for China's modernization process. The scholars can be divided into two groups: The „Leaders“ are dealing with the broad relationship and China's overall significance for the US. The other group we call „Specialists“ because they mainly focus on one particular area of the relationship: human rights, the economic aspects of the US relations with China, the triangle relationship between the US, China and Taiwan, or Hong Kong's importance in Asia and the role of the US-China relationship for the crown colony's economic and social well-being.*

Die amerikanisch-chinesischen Beziehungen sind von großer Bedeutung für die Zukunft dieser Welt: Zum einen fördern gute Beziehungen den friedlichen wirtschaftlichen und politischen Wandel in China, zum anderen bestimmen Inhalt und Qualität dieser Beziehungen auch das Verhältnis der internationalen Staatengemeinschaft zur VR. Zum dritten tragen gute sino-amerikanische Beziehungen zur Lösung einer Vielzahl von Problemen bei: weltweit und besonders im asiatisch-pazifischen Raum. Konfrontation statt Kooperation hingegen behindert die Lösung vieler Konflikte sowie die Modernisierung in China. Im folgenden wollen wir uns mit dem aktuellen Stand der US-Forschung im Hinblick auf die amerikanisch-chinesischen Beziehungen auseinandersetzen.

Zahlreiche amerikanische Wissenschaftler befassen sich gegenwärtig mit dem Verhältnis zur VR China, nachdem die amerikanische Chinaforschung in den achtziger Jahren an Umfang und Tempo gewonnen hat. Aufgrund ihrer zum Teil engen Kontakte zu den Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beeinflussen sie die reale Politikgestaltung der USA gegenüber China.

Die wichtigsten Chinaforscher lassen sich in zwei Gruppen aufteilen. Die erste Gruppe umfaßt im weitesten Sinne die Politikwissenschaftler, die sich allgemein mit dem Verhältnis zwischen den beiden Staaten und der strategischen und außenpolitischen Bedeutung Chinas für die USA auseinandersetzen. Zu dieser Gruppe gehören in erster Linie die Politikwissenschaftler Michel Oksenberg, Robert G. Sutter und Harry Harding, zudem eine Reihe anderer bedeutender Chinaexperten wie Kenneth Lieberthal, David Michael Lampton, Doak Barnett, Edward Friedman, June Teufel Dreyer und Steven Mosher. Dieser Kreis wird ergänzt durch die erfahrenen US-Diplomaten Winston Lord und James Lilley sowie durch den einflußreichen Mitarbeiter des *House Committee on Foreign Affairs* im amerikanischen Kongreß Richard Bush. Sie alle haben über Jahre hinweg wichtige Beiträge zur Diskussion um die Gestaltung der amerikanischen Chinapolitik geleistet. Deshalb wollen wir diese Gruppe in unserer Analyse als die „Meinungsführer“ bezeichnen.

Die zweite Gruppe betrachtet die sino-amerikanischen Beziehungen unter verschiedenen Teilaspekten. Von diesen „Spezialisten“ beschäftigen sich Andrew Nathan, Merle Goldman und Robin Munro primär mit der Menschenrechtssituation in China. Sie wollen wir deshalb als die „Menschenrechtler“ einordnen. Vor allem von marktwirtschaftlichen und ökonomischen Aspekten gehen Nicholas Lardy, Susan Shirk und Ezra Vogel aus, die wir deshalb als die „Wirtschaftswissenschaftler“ bezeichnen wollen. Eine Reihe anderer Wissenschaftler untersucht die Dreiecksbeziehung zwischen den USA, der VR China und Taiwan. Zwei dieser "Taiwanforscher" wollen wir dabei besonders beachten: Martin Lasater und John Franklin Copper. Die Auswirkungen der Beziehungen zwischen Washington und Beijing auf Hongkong ist der Schwerpunkt der Arbeiten der "Hongkong-Experten" Roger Sullivan, John Kamm und William Overholt, die ihre Erfahrungen durch Tätigkeiten vor Ort in Wirtschaftsorganisationen oder in US-Firmen gesammelt haben.

## 1 Die Meinungsführer

MICHEL OKSENBERG gilt in den USA neben Robert G. Sutter und Harry Harding als der bedeutendste Chinakenner unter den Politikwissenschaftlern. Oksenberg, der seit 1995 an der Stanford University in Kalifornien lehrt, stand zuvor dem *East-West Center* in Honolulu vor und war Professor für Political Science und Direktor des *Center for Chinese Studies* an der University of Michigan in Ann Arbor. Von 1977-1980 war Oksenberg Senior Staff Member im *National Security Council* unter Präsident Carter und als Spezialist für China maßgeblich an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing beteiligt. In den siebziger und achtziger Jahren arbeitete er zeitweise für das *US State Department*, das *Department of Commerce*, die *National Science Foundation*, die *Luce Foundation*, die *National Endowment for Humanities Foundation* und das *National Academy of Sciences Committee on Scholarly Communication with the PRC*. Er gehört unter anderem dem *National Committee on US-China Relations* in New York an, dem *Council on Foreign Relations*, dem *Forum for International Policy*, dem *Hudson Institute*, der *Trilateral Commission* und dem *Harvard Visiting Committee for East Asian Studies*. Aufgrund seiner vielfältigen Tätigkeiten und Aufgaben unterhält Professor Oksenberg gute Kontakte zu gegenwärtigen und ehemaligen politischen Entscheidungsträgern in Washington, darunter zu den Alt-Präsidenten Bush und Reagan, zu Abgeordneten und Senatoren im Kongreß und zum Mitarbeiterstab und den Beratern der Präsidenten, des *State Department* und anderer wichtiger US-Behörden. Er zählt zu dem Kreis der Chinaexperten, die regelmäßig im Vorfeld von Neuerscheinungen zu Rate gezogen werden, nicht nur von Verlagen, sondern auch von renommierten Organisationen wie der *Brookings Institution* und der *Carnegie Endowment Foundation*. Darüber hinaus publiziert Oksenberg regelmäßig in wichtigen amerikanischen Zeitschriften und Zeitungen, darunter in *Foreign Affairs* und in der *New York Times*, sowie in *China Quarterly*.

Zusammen mit dem Japaner Yoichi Funabashi und dem Deutschen Heinrich Weiss veröffentlichte Oksenberg 1994 eine Schrift mit dem Titel „An Emerging China in a

World of Interdependence“.<sup>1</sup> Darin legt er dar, warum die USA aufgrund der zunehmenden internationalen Verflechtung an einer vertieften Partnerschaft mit China interessiert sein müßten. Zur Durchsetzung amerikanischer Interessen auf strategischem und wirtschaftlichem Gebiet solle eine Isolation Chinas unbedingt vermieden werden. Dabei müsse mit komplexeren Problemen gerechnet werden als in der Vergangenheit. Die Gründe dafür liegen nach Meinung Oksenbergs in der unsicheren Entwicklung Chinas und der fortdauernden Möglichkeit eines politischen Rückschlags. Von Oksenberg stammt der in diesem Zusammenhang in den USA vielzitierte Satz über Chinas Zukunft:

China in the years ahead is likely to be territorially amorphous, economically dynamic, culturally proud, socially unstable, and politically unsettled.<sup>2</sup>

Oksenberg definiert die strategischen und wirtschaftlichen Interessen der USA an China sowie Ziele bei der Verbesserung der Menschenrechtssituation. Die strategischen Ziele umfassen primär Chinas Kooperation im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Chinas Einhaltung der Vorschriften des *Nuclear Non-Proliferation Treaty*, Chinas Beitritt zum *Missile Technology Control Regime* sowie die Einstellung von Waffenverkäufen in Krisengebiete im Nahen Osten.

Zu den regionalen Sicherheitsinteressen der USA in Asien gehören die chinesische Mitarbeit bei der Erhaltung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel, bei der Lösung der Probleme in Indochina und Kambodscha und bei der Beseitigung territorialer Konflikte wie etwa um die Spratly-Inseln, auf die neben China auch ganz oder teilweise Taiwan, Vietnam, Malaysia, die Philippinen und Brunei Anspruch erheben. Eine friedliche Koexistenz zwischen der VR China und der Republik auf Taiwan unter Wahrung der Interessen des taiwanesischen Volkes ist ein weiteres strategisches Ziel der USA. Hier sollten die USA vor allem den friedlichen Dialog zwischen dem Festland und der Insel fördern, meint Oksenberg.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind die USA nach Oksenberg an einer Förderung des chinesischen Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Sicherung des Marktzugangs für US-Firmen und amerikanische Technologie in China interessiert. Darüber hinaus sehen die USA die Notwendigkeit für eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Im Bereich der Menschenrechte haben die USA Interesse an einer Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte durch China. Tibets Unabhängigkeitsbemühungen hingegen sollten nach Oksenbergs Ansicht nicht unterstützt werden.

Die amerikanischen Ziele können in Oksenbergs Augen nur durch ein verstärktes Engagement der USA in China erreicht werden. Zur Umsetzung genüge allerdings nicht der bilaterale Kontakt allein, sondern in zunehmendem Maße seien Anstrengungen durch multinationale Körperschaften wie die *Vereinten Nationen*, die *World Bank* oder den *International Monetary Fund (IMF)* erforderlich. Oksenberg zeigt die positiven Implikationen einer internationalen Integration Chinas auf: In multina-

1 Siehe Michel Oksenberg, Yoichi Funabashi und Heinrich Weiss: „An Emerging China in a World of Interdependence“, *Report to the Trilateral Commission no. 45*, The Trilateral Commission, New York, Mai 1994.

2 Ebd., S. 3.

tionalen Gremien sei China eher bereit, auf Forderungen der Staatengemeinschaft einzugehen, während ein Nachgeben Chinas bei bilateralen Verhandlungen leicht als Schwächung der chinesischen Führung verstanden werden könne.

Auf regionaler Ebene sei ebenfalls eine stärkere Einbindung Chinas nötig. Ein erster Schritt in diese Richtung sei mit Chinas Beitritt zum *Regional Forum* der *Association of South East Asian Nations (ASEAN)* 1994 getan worden. Erfolgversprechend könnte auch Chinas Mitgliedschaft in der *World Trade Organization (WTO)* sein, der Nachfolgeorganisation des *General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)*. Dieser für China sehr wichtige Schritt sollte von den USA unterstützt werden, meint Oksenberg, der diese These bereits in einem anderen, 1990 zusammen mit Harold Jacobson veröffentlichten Buch diskutiert hat.<sup>3</sup>

Oksenberg legt dar, daß die USA auf bilateraler und multilateraler Ebene ihre Ziele klar definieren sollten, so daß in der chinesischen Führung keine Mißverständnisse über die globalen und regionalen Interessen der USA auftreten. Sie sollten offizielle und nichtoffizielle Kontakte zur chinesischen Regierung halten, um die einzelnen Ziele zu erreichen. Ein einvernehmliches Verhältnis zu China sei auch die Voraussetzung für ein friedliches Nebeneinander der Volksrepublik und der Republik auf Taiwan.

Als Partner in Sicherheitsfragen sollte China mehr Transparenz in seinen Rüstungsanstrengungen zeigen und zu vertrauensbildenden Maßnahmen beitragen. Im Gegenzug könnten die USA und ihre Alliierten China stärker in die Diskussion nicht nur regionaler, sondern auch globaler Probleme, zum Beispiel im Nahen Osten oder in Afrika, miteinbeziehen, um dadurch China international mehr Gewicht zu geben. Die USA sollten vor allem darauf hinweisen, daß ein stabiles internationales Gleichgewicht auch zu Chinas Vorteil gereiche. Da China in der Vergangenheit häufig weder Kooperations- noch Kompromißbereitschaft zeigte, sollten auch die USA im Einzelfall nicht vor Drohungen, zum Beispiel Wirtschaftssanktionen, zurückschrecken, wenn diese zur Durchsetzung amerikanischer Ziele beitragen. Nur eine langfristige Konfrontation müsse vermieden werden.

Oksenberg kritisiert die unrealistischen Hoffnungen, die der Westen, allen voran die USA, in der Vergangenheit mit der Entwicklung Chinas verknüpft hatten. Sich selbst nimmt er davon nicht aus: In einem *Newsweek*-Artikel vom Juni 1989, kurz nach der Niederschlagung der Proteste in China, der den selbstkritischen Titel „Confession of a China Watcher“ trägt, erklärt Oksenberg die Kurzsichtigkeit der amerikanischen Chinaforschung und ihre Fehleinschätzung der chinesischen Reaktion: Die Chinaexperten in den USA hätten die Bedrohung des Lebenswerkes der Staats- und Partielite durch die Demonstrationen unterschätzt.<sup>4</sup> Demokratisierung und Modernisierung in China könnten nur ein langsamer Prozeß sein, überstürzte Reformen und daraus resultierendes Chaos müßten unbedingt vermieden werden.

3 Siehe Harold Karan Jacobson und Michel Oksenberg: *Chinas Participation in the IMF, the World Bank, and GATT: Toward a Global Economic Order*, University of Michigan Press, Ann Arbor, Michigan 1990.

4 Siehe Michel Oksenberg: „Confession of a China Watcher: Why No One Predicted the Bloodbath in Beijing“, *Newsweek*, 19. Juni 1989.

Wenn z.B. nur 0,1% der chinesischen Bevölkerung auf der Flucht vor unhaltbaren Zuständen wären, seien dies mit einem Schlag 1,2 Millionen mehr Asylsuchende auf dieser Erde.

Der zweite wichtige "meinungsführende" Chinaexperte ist ROBERT G. SUTTER. Von Haus aus Historiker ist Sutter seit langen Jahren als Senior Specialist in International and Security Affairs beim *Congressional Research Service (CRS)* der *Library of Congress (LC)* in Washington tätig. Dort ist er unter anderem für Berichte über China zuständig, die Kongreßabgeordneten und Senatoren als Hintergrundinformation für Anhörungen, Reisen, öffentliche Diskussionen oder Gesetzesvorlagen dienen. Sutter hat eine Reihe von Aufsätzen und Büchern über die amerikanische Chinapolitik geschrieben und veröffentlicht regelmäßig Artikel im *Journal of Northeast Asian Studies*, in *Current History* und im *China Quarterly*.<sup>5</sup>

Sutter nimmt wie Oksenberg häufig an Symposien und Diskussionsforen asienspezifischer Organisationen teil und gibt seine Erfahrungen in Gremien zur Vorbereitung neuer Publikationen weiter. Aufgrund seiner Tätigkeit für die *LC* und früherer Aufgaben in der *Central Intelligence Agency (CIA)*, dem *State Department* und dem *Senate Foreign Relations Committee* unterhält Sutter vielfältige und regelmäßige Verbindungen zu Politikern in Washington und zu anderen Chinaexperten in den USA.<sup>6</sup>

HARRY HARDING ist nach Oksenberg und Sutter der dritte Meinungsführer in den USA auf dem Gebiet der amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Harding arbeitet seit 1983 im *Foreign Policy Studies Program* der *Brookings Institution* in Washington DC. Im Rahmen dieser Tätigkeit hat er sich auf China spezialisiert und zahlreiche Bücher, Schriften und Artikel zu chinaspezifischen Themen herausgegeben. Vor seiner Einführung bei *Brookings* hat Harding als Professor für *Political Science* am Swarthmore College in Virginia und an der Stanford University unterrichtet. Neben seiner Lehr- und Forschungsstätigkeit ist Professor Harding einer der Direktoren des bedeutenden *National Committee on US-China Relations*.

Sutter und Harding sind sich in den wesentlichen Punkten mit Oksenberg einig über die realen Verhältnisse in China und die Notwendigkeit einer amerikanischen Politik, die China integriert und nicht isoliert. Sie propagieren eine Politik des modus

5 Zu Sutter siehe insbesondere folgende Schriften: „China in World Affairs - Background, Prospects, and Implications for the United States“, *CRS Report for Congress no. 92-747S*, CRS/LC, Washington DC, 1. Oktober 1992; „China in World Affairs: US Policy Choices“, *CRS Report for Congress no. 95-265S*, CRS/LC, Washington DC, 31. Januar 1995; *East Asia and the Pacific: Challenges for US Policy*, Westview Press, Boulder, Colorado 1992; Sutter, Shirley Kan und Kerry Dumbaugh: „China in Transition: Changing Conditions and Implications for US Interests“, *CRS Report for Congress no. 93-1061*, CRS/LC, Washington DC, 20. Dezember 1993; Sutter und Shirley Kan: „China as a Security Concern in Asia: Perceptions, Assessment, and US Options“, *CRS Report for Congress no. 95-46S*, CRS/LC, Washington DC, 22. Dezember 1994; Sutter: „Chinas Foreign Policy in the 1990s and Its Implications for the United States“, Vortrag aus Anlaß des 31. Annual Meetings der American Association of Chinese Studies, University of Wyoming, 23.-25. August 1989; Sutter und William Johnson (eds.): *Taiwan in World Affairs*, Westview Press, Boulder, Colorado 1994; „Taiwan-Mainland China Relations: Implications for the United States“, *CRS Report for Congress no. 92-658S*, CRS/LC, Washington DC, 6. August 1992.

6 Gespräch mit Robert Sutter am 23. Januar 1996 in Washington DC.

vivendi, eine Außenpolitik, die vorsichtig und pragmatisch auf die Geschehnisse in China reagiert und dabei jede Möglichkeit der Kooperation mit der chinesischen Führung nutzt: sowohl bei regionalen Disputen wie in Kambodscha oder Nordkorea als auch bei Sicherheitsfragen und bei Problemen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.<sup>7</sup>

Die amerikanischen Ziele in China könnten verstärkt durch eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten in den *Vereinten Nationen*, der *World Bank*, dem *IMF*, der *Organization for Economic Cooperation and Development (OECD)* oder der *GATT-Nachfolgeorganisation WTO* verfolgt werden. Parallel dazu sollten die USA wie bisher bilaterale Abkommen mit China in Sicherheitsfragen und bei Wirtschaftsproblemen anstreben.

Sutter und Harding fordern weniger Ideologie und mehr Pragmatismus in der amerikanischen Chinapolitik. Sie weisen darauf hin, daß in der Vergangenheit der Schwerpunkt teils auf Ideologie und Moralismus (zum Beispiel in der Debatte über Sanktionen gegen China nach der Niederschlagung der Studentenproteste im Juni 1989) und teils auf praktischen Überlegungen beruhte (zum Beispiel in Sicherheitsfragen im asiatisch-pazifischen Raum). Als Beispiel für den erfolgreichen pragmatischen Kurs in den USA führt Sutter an, daß die Abstimmung zwischen der amerikanischen und der chinesischen Regierung im Vorfeld der UN-Resolution gegen Irak im Herbst 1990 zu keinerlei nennenswerten Diskussionen oder gar Widerstand in der amerikanischen Öffentlichkeit, beim Kongreß und bei den relevanten Interessengruppen führte.

Hinsichtlich Taiwan raten Sutter und Harding zu einer Balance zwischen den Beziehungen der USA zu Taiwan und zu China. Der Schwerpunkt der amerikanischen Außenpolitik der neunziger Jahre solle vor allem auf einer Förderung des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den drei Staaten liegen. Dabei komme Hongkong und Südchina als Mittler für den Handel zwischen Taiwan und der VR eine zunehmende Bedeutung zu. Durch wirtschaftliche Annäherung könnten langfristig politische Probleme zwischen der VR China und der Republik auf Taiwan gemindert werden.

Den Chinaexperten zufolge wären die USA besser beraten, die regierende Guomindang zu unterstützen und die Entwicklung der Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP) mit ihrem politischen Ziel der Unabhängigkeit von China genau zu beobachten. Wie Sutter aber in seinem 1994 veröffentlichten Buch *Taiwan in World Affairs* darlegt, hat auch die DPP hinsichtlich der nationalen Unabhängigkeit Taiwans einer eher pragmatischen Kurs eingeschlagen. Die Gründe dafür liegen in der Zunahme der Handelsbeziehungen zwischen China und Taiwan und einem verstärkten Interesse der Geldgeber der DPP, die größtenteils Kaufleute sind, an einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld.<sup>8</sup>

7 Siehe Sutter: *East Asia and the Pacific: Challenges for US Policy*, Westview Press, Boulder, Colorado 1992, S. 12.

8 Siehe Sutter: „Taiwan's Role in World Affairs“, in: Sutter/Johnson (eds.): *Taiwan in World Affairs*, 1994, S. 7ff.

Oberstes Ziel der US-Außenpolitik müsse die Stabilität in der Straße von Taiwan sein. Die USA sollten Taiwan in Zukunft wieder verstärkt mit Waffenlieferungen unterstützen, um so ein wirksames Gegengewicht zur chinesischen Aufrüstung zu schaffen und damit die Wahrscheinlichkeit eines chinesischen Angriffs auf die taiwanische Insel zu mindern. Die USA sollten gleichzeitig Taiwans Anspruch auf mehr Einbindung in internationale Gremien unterstützen und Taiwan zu internationalem Profil verhelfen, ohne dabei jedoch die chinesische Führung zu verprellen. Dies könne nur im Rahmen einer flexiblen China- und Taiwanpolitik und unter Wahrung einer Reihe politischer Optionen im Umgang mit China geschehen.

Harry Harding legt in seinem Buch *A Fragile Relationship: The United States and China since 1972* von 1992 dar, daß sich die Schwerpunkte der amerikanischen Außenpolitik von den strategischen Interessen zu Wirtschaftsinteressen und von Taiwan hin zu Menschenrechten verlagert hätten.<sup>9</sup> Die Beziehungen seien komplexer und schwieriger geworden. Es gebe mehr Reibungsflächen durch nationale Einzelinteressen und mehr Möglichkeiten der Konfrontation angesichts grundsätzlicher Gegensätze. Für Harding liegen die Gründe für die Verschlechterung der Beziehungen in den letzten Jahren darin, daß weite Teile der Gesellschaft in den USA, aber auch in China, das Verhältnis nicht mehr so stark unterstützten wie noch in den siebziger und achtziger Jahren.

Für die amerikanische Regierung sei es schwieriger geworden, die US-Politik gegenüber China zu kontrollieren. Dies resultiere zum einen aus dem zunehmenden Machtanspruch des US-Kongresses hinsichtlich Formulierung und Ausführung der amerikanischen Außenpolitik (zumal wenn Exekutive und Legislative von zwei unterschiedlichen Parteien dominiert werden) und zum anderen aus der Vielzahl außerparlamentarischer Lobby-Gruppen und Organisationen mit ihren jeweiligen Interessen an China. Harding nennt hier nur einige wenige Gruppen wie die amerikanische Textilindustrie, die Gewerkschaften, und die Lobby zum Schutz des ungeborenen Lebens, außerdem Wirtschaftsverbände sowie Menschenrechtsorganisationen. Diese Gruppen mit ihren Einzelinteressen komplizieren die Formulierung einer einheitlichen und stringenten amerikanischen Chinapolitik.<sup>10</sup>

Harding fordert, daß die USA trotzdem nicht ihre langfristigen Interessen außer acht lassen dürfen. Um die Ziele auf strategischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu erreichen, müsse die US-Regierung mit China handeln und verhandeln. Dabei dürften Druckmittel wie Wirtschaftssanktionen eingesetzt werden, jedoch ohne zu einer langfristigen Konfrontation und zu feindlicher Gegensätzlichkeit mit China zurückzukehren. Mißverständnisse müßten rechtzeitig als solche erkannt und behoben werden. Nach Harding ist China zwar strategisch nicht mehr von so großer Bedeutung für die USA wie 1972, aber die VR könne in vielen Bereichen, in denen die USA Interessen haben, kooperieren und zum Erfolg der amerikanischen Position beitragen. Daher propagiert er eine weniger moralistische und von falschen Hoffnungen befreite US-Chinapolitik.

9 Siehe Harding: *A Fragile Relationship: The US and China since 1972*, Brookings Institution, Washington DC 1992.

10 Siehe dazu auch Harding: „China's American Dilemma“, *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Band 519, Januar 1992.

Neben der Troika Oksenberg, Sutter und Harding, die die politikwissenschaftliche Diskussion um die amerikanische Chinapolitik weitgehend bestimmt, ist noch eine Reihe anderer wichtiger Chinaforscher zu den "Meinungsführern" zu zählen. Zu ihnen gehören Kenneth Lieberthal, David Michael Lampton, Doak Barnett und Edward Friedman.

KENNETH LIEBERTHAL arbeitete lange Jahre mit Michel Oksenberg am *Department for Political Science* und am *Center for Chinese Studies* an der University of Michigan in Ann Arbor zusammen. Gemeinsam mit Oksenberg und anderen namhaften Chinaforschern veröffentlichte er eine Reihe von Büchern und Aufsätzen zum Thema USA-China. Während sich Oksenberg mehr mit den diversen Aspekten einer internationalen Kooperation mit China befaßt, untersucht Lieberthal primär die Strukturen und Prozesse hinter der politischen Entscheidungsfindung in China und gibt eine Analyse der Reformtätigkeit in der VR.

Zu seinen wichtigsten Publikation gehören sein jüngstes Buch *Governing China: From Revolution Through Reform* (1995)<sup>11</sup> sowie zwei weitere Werke, die er gemeinsam mit David Michael Lampton und anderen Autoren herausgegeben hat: Das eine setzt sich unter dem Titel *Bureaucracy, Politics, and Decision Making in Post-Mao China*<sup>12</sup> mit den politischen Kräften auseinander, die auf zentraler und lokaler Ebene die Modernisierung maßgeblich fördern oder behindern,<sup>13</sup> das andere trägt den Titel *Perspectives on Modern China: Four Anniversaries*<sup>14</sup> und befaßt sich vor allem mit den Reformchancen in China nach der Niederschlagung der Studentenproteste.

DAVID MICHAEL LAMPTON ist zur Zeit Präsident des einflußreichen *National Committee on US-China Relations* in New York, das unter anderem auch die Architekten des Rapprochement an China unterstützen: Henry Kissinger und (bis zu seinem Tode) Richard Nixon. Lampton war zuvor als Direktor der *China Policy Studies-Division* des *American Enterprise Institute (AEI)* tätig, einer konservativen Forschungseinrichtung, der viele ehemalige republikanische Mitglieder der Regierungen Reagan und Bush angehören.

Lampton behandelt in seinen Schriften sowohl die Entwicklungen in China als auch die amerikanische Chinapolitik. In einer 1992 veröffentlichten Publikation analysiert er das Phänomen des „Greater China“, des großchinesischen Wirtschaftsraums, bestehend aus dem Süden der VR China, Taiwan und Hongkong.<sup>15</sup> Großchina sei keine politische, sondern eine wirtschaftliche Einheit. Aus den verflochtenen Han-

11 Siehe Lieberthal: *Governing China: From Revolution Through Reform*, W.W. Norton, New York 1995.

12 Siehe Lieberthal und Lampton (eds.): *Bureaucracy, Politics, and Decision Making in Post-Mao China*, University of California Press, Berkeley, California 1992.

13 Siehe dazu auch eine frühere Schrift: Lieberthal und Oksenberg: *Policy-Making in China: Leaders, Structures, and Processes*, Princeton University Press, Princeton, Massachusetts 1988.

14 Siehe Lieberthal et al. (eds): *Perspectives on Modern China: Four Anniversaries*, M.E. Sharpe, Armonk, New York 1991.

15 Siehe Lampton: *The Emergence of Greater China*, National Committee on US-China Relations, New York 1992. Der Aufsatz erschien auch als Artikel in *China Quarterly* im Dezember 1993.

delsbeziehungen ergebe sich eine neue Situation für Chinas Zukunft, die auch Auswirkungen auf friedliche Einigungsbestrebungen der VR und Taiwan haben könnte.

In einem weiteren Aufsatz vergleicht Lampton die amerikanische Chinapolitik der Regierungen Bush und Clinton und kommt zu dem Ergebnis, daß diese in ihren wesentlichen Grundzügen nicht so unterschiedlich sind, wie man aus der Rhetorik der Wahlkampagne von 1992 hätte schließen können.<sup>16</sup> Die Ziele der Clinton-Administration gleichen denen der Regierung Bush: Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, Verbesserung der Menschenrechtssituation und die Durchsetzung amerikanischer Sicherheitsinteressen im asiatisch-pazifischen Raum. Der große Unterschied ist nach Lamptons Meinung die Taktik gegenüber dem amerikanischen Kongreß und dessen stärkere Einbindung: Präsident Clinton vertraue mehr auf Kooperation, während sich Präsident Bush auf sein Vetorecht verlassen habe.

Der in China geborene DOAK BARNETT gilt als der „Senior“ unter den amerikanischen Chinaforschern. Er arbeitete in der Vergangenheit für verschiedene Regierungsstellen und ist heute Professor Emeritus für Political Science der renommierten Johns Hopkins University. Barnett nimmt an Hearings im Kongreß teil sowie an Vorbereitungsseminaren zur Veröffentlichung chinaspezifischer Publikationen. So hat Professor Barnett auch an Harry Hardings Buch *A Fragile Relationship* mitgewirkt. Er hat sowohl für die *Brookings Institution* als auch für andere bedeutende amerikanische Forschungseinrichtungen gearbeitet. Seine wichtigsten Veröffentlichungen liegen teilweise schon länger zurück,<sup>17</sup> dennoch hat er nach wie vor eine gewichtige Stimme in der Diskussion um die amerikanisch-chinesischen Beziehungen in den USA.<sup>18</sup>

Barnett sieht die Notwendigkeit eines ständigen Dialogs zwischen den USA und China in Fragen der nuklearen Abrüstung und hinsichtlich Frieden und Stabilität in Asien. Er propagiert eine amerikanische Chinapolitik, die trotz grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Staaten, wie die Konfrontation nach 1989 zutage brachte, Kontakte und Verhandlungen auf Regierungsniveau nicht ausschließt. Barnett unterstützt mit seiner Ansicht auch die 1989 sehr umstrittenen und geheimgehaltenen Scowcroft- und Eagleburger-Missionen nach Beijing. Die USA sollten ihre Belange in den Bereichen Demokratisierung und Menschenrechte gegenüber China immer wieder betonen. Wirkliche Erfolge auf diesen Gebieten seien aber realistischerweise erst in der fernen Zukunft zu erwarten. In der Zwischenzeit müßten alle sich bietenden Kontaktmöglichkeiten mit China genutzt werden, um den reformfreundigen Kräften in der chinesischen Führung ein grundlegendes Interesse der USA an China zu zeigen und ihre Politik der Modernisierung von außen zu unterstützen.<sup>19</sup>

16 Siehe Lampton: „China Policy in Clinton's First Year“, in: James R. Lilley/Wendell L. Willkie III (eds.): *Beyond MFN: Trade With China and American Interests*, American Enterprise Institute Press, Washington DC 1994.

17 Eine Ausnahme ist: Barnett: *China's Far West*, Westview Press, Boulder, Colorado 1993.

18 Gespräch mit Doak Barnett am 30. Januar 1996 in Washington DC.

19 Siehe Statement von Professor Barnett vor den Subcommittees on Asian and Pacific Affairs and International Economic Policy and Trade des House Committee on Foreign Affairs zum Thema:

EDWARD FRIEDMAN ist der letzte der Politikwissenschaftler, den wir als Meinungsführer nennen wollen. Er ordnet sich selbst dem linken Flügel der Demokratischen Partei zu. Friedman ist seit Jahren als Professor für Political Science an der University of Wisconsin in Madison tätig. Von 1985-88 war er im Mitarbeiterstab des *House Committee on Foreign Affairs* im US-Kongreß. Danach reiste er mehrere Jahre durch China und hielt an verschiedenen Universitäten Vorlesungen über die amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Zuletzt arbeitete er im US-Verteidigungsministerium. Daneben unterrichtete Friedman kurzzeitig an der *Naval Post Graduate School*, an der angehende Mitarbeiter der *House Committees*, der Administration und des Geheimdienstes ausgebildet werden.

Friedman hat 1995 ein neues Buch mit dem Titel *National Identity and Democratic Prospects in Socialist China* veröffentlicht, in dem er sich mit den Hindernissen und Chancen einer Erneuerung des politischen Systems und der Demokratisierung Chinas auseinandersetzt.<sup>20</sup> Friedman räumt darin mit falschen Vorstellungen und unrealistischen Hoffnungen auf: Für ihn ist der radikale Wechsel die einzige Konstante in Chinas wechselvoller Geschichte. Gerade deshalb setzt sich Friedman für eine Demokratisierung Chinas ein. Die Chancen werden seiner Meinung nach nicht durch die konfuzianische Tradition behindert, sondern vielmehr durch die aus der mangelnden Erfahrung mit Demokratie resultierende Angst in der chinesischen Bevölkerung vor Chaos und Instabilität. Friedman erklärt:

The dictators in China survive ... because people prefer a known bad to an unknown potential disaster of bloody chaos. ... Ruling conservatives point to instances, ranging from Africa after independence to Eastern Europe after the fall of the Berlin Wall, where attempts at democracy turned into national disasters.<sup>21</sup>

Friedman kritisierte auch die Chinapolitik der Regierung Bush. Seiner Meinung nach hat die USA bereits 1989 ihre machtvolle Position gegenüber China verspielt, als es Präsident Bush nicht gelang, zusammen mit den wichtigsten westlichen Industrienationen und Japan Sanktionen gegen China zu verabschieden, die dann in der Folge als Druckmittel hätten genutzt werden können. Auf dem G7-Treffen im Juli 1989 war in Friedmans Augen die Chance vertan worden, international gegen China vorzugehen. Als Konsequenz daraus waren alle späteren unilateralen und multilateralen Bemühungen, den status quo ante 1989 wiederherzustellen, vergebens.

Auf der politischen Bühne gilt WINSTON LORD als Chinafachmann. Lord, der von 1985 bis zum Frühjahr 1989 amerikanischer Botschafter in Beijing war, ist für viele Kongreßabgeordnete und Senatoren der Chinaexperte schlechthin. Er arbeitete zuvor unter anderem als Special Assistant für Henry Kissinger, als dieser National

---

„United States Political and Economic Policy Toward China“, House of Representatives, US Congress, Washington DC, 13. Dezember 1989.

20 Siehe Friedman: *National Identity and Democratic Prospects in Socialist China*, M.E. Sharpe, Armonk, New York 1995.

21 Ebd., S. 312. In den letzten Jahren hatte sich Friedman mit zwei weiteren Publikationen einen Namen gemacht, in denen er die Demokratiebewegungen in anderen asiatischen Staaten untersucht und mit China vergleicht: Friedman: *The Politics of Democratization: Generalizing East Asian Experiences*, Westview Press, Boulder, Colorado 1994, und Friedman: *Chinese Village, Socialist State*, Yale University Press, New Haven, Connecticut 1991.

Security Advisor war und 1971 zu ersten Gesprächen nach China reiste. In der Folge begleitete Lord sowohl Kissinger als auch die Präsidenten Nixon und Ford auf ihren Reisen in die VR. Lords Expertise machte sich auch Bill Clinton zunutze: Während des Wahlkampfs 1992 fungierte Lord als Berater in Asien- und Chinafragen. Nach dem Wahlsieg über George Bush und der Amtsübernahme Clintons Anfang 1993 wurde Lord zum Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs im *State Department* berufen. Seither ist er für die Koordination der China-politik der Clinton-Regierung zuständig.

Nach der Niederschlagung der Studentenproteste durch die chinesische Regierung im Juni 1989 setzte sich Lord vehement für eine unnachgiebige Haltung der USA gegenüber China ein. Er kritisierte den vorsichtigen Kurs von Präsident Bush und trat für eine Verschärfung der Bedingungen für die Meistbegünstigungsklausel und damit für eine Verkettung von MFN und Menschenrechten ein.

In zwei Artikeln, die im Dezember 1989 in der *Washington Post* und im Mai 1990 in der *New York Times* erschienen sind, hat Lord Stellung bezogen.<sup>22</sup> In seinem ersten Beitrag prangerte er die doppelbödige Moral (*double standard*) in Menschenrechtsfragen an: Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion würden kritisiert, während solche in China stillschweigend hingenommen worden seien. Er legte eine Agenda für die zukünftige amerikanische Chinapolitik vor: Aufrechterhaltung des Dialogs mit der chinesischen Führung auf Botschafterebene über die Themen internationale Sicherheit, Abrüstung, Kambodscha und Korea; Fortsetzung des Stopps sämtlicher militärischer Kontakte zwischen den USA und China; Beibehaltung der wichtigsten Sanktionen gegen China wie der Suspendierung von *World Bank*-Krediten, speziellen wirtschaftlichen Vergünstigungen und Erleichterungen bei den US-Exportbestimmungen für Hochtechnologie; Fortsetzung der Austauschprogramme auf privater und institutioneller Ebene zur Förderung der Kontakte zwischen Amerikanern und Chinesen. Erleichterungen auf den für China relevanten Gebieten sollten von Zugeständnissen bzw. Fortschritten in China, vor allem auf dem Gebiet der Menschenrechte, abhängig gemacht werden.<sup>23</sup>

Lord rief damals zu einer Verständigung zwischen Kongreß und Präsident über die amerikanische Chinapolitik auf, zu der es später unter Clinton dann auch kam: Nur eine einheitliche nationale Front von Legislative und Exekutive könne die Durchsetzung amerikanischer Interessen in China bewirken. Er plädierte für eine härtere Gangart im Umgang mit dem chinesischen Regime. Im Hinblick auf die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel legte er basierend auf seiner langen Erfahrung mit der chinesischen Führung dar, daß stringente Positionen und Härte in den Verhandlungen mit China vielversprechender seien als Zugeständnisse und wachsweiße

22 Siehe Lord: „Misguided Mission“, *Washington Post*, 19. Dezember 1989, und „Bush’s Second Chance on China“, *New York Times*, 9. Mai 1990.

23 Siehe Statement Winston Lord vor den Subcommittees on Human Rights and International Organizations and Asian and Pacific Affairs des House Committee on Foreign Affairs zum Thema: „Most-Favored-Nation Status for the People’s Republic of China“, House of Representatives, US Congress, Washington DC, 16. und 24. Mai 1990.

Kompromisse.<sup>24</sup> Hinsichtlich MFN mußte Lord seine Meinung später allerdings modifizieren: Präsident Clinton verlängerte MFN 1994, obwohl China die mit einer Gewährung verbundenen Bedingungen zum Zeitpunkt der Entscheidung nicht erfüllt hatte. Lord begründete dies damit, daß die US-Regierung 1993 angenommen habe, China sei der Meistbegünstigungsstatus so wichtig, daß es sich auf Konzessionen einlasse. Dies hatte sich als Fehleinschätzung erwiesen. Um durch konsequentes Handeln aber nicht die labilen Beziehungen zu Beijing zu gefährden, habe sich Clinton für das kleinere Übel, für eine Verlängerung von MFN und für den damit verbundenen Imageverlust entschieden.<sup>25</sup>

Winston Lords Nachfolger in Beijing wurde JAMES LILLEY. Er gilt als langjähriger Vertrauter und enger Freund von George Bush und ist im Vergleich zu dem der Demokratischen Partei nahestehenden Lord als Konservativer einzuordnen. Lilley war bis 1992 amerikanischer Botschafter in China und wurde dann von J. Stapleton Roy abgelöst, der dieses Amt bis 1995 innehatte. Lilley arbeitet seither als Resident Fellow für das *American Enterprise Institute* in Washington, lehrt an verschiedenen Hochschulen und nimmt an Vorträgen und Konferenzen teil.

Zusammen mit Wendell Willkie III, der unter Präsident Bush *Deputy Secretary of Commerce* gewesen ist, hat Lilley 1994 ein Buch herausgegeben, in dem die amerikanische MFN-Diskussion, die die US-Chinapolitik über Jahre hinweg dominierte, reflektiert wird.<sup>26</sup> Eine Reihe namhafter Autoren nehmen dazu Stellung, darunter David Michael Lampton, Andrew Nathan und der Vorsitzende des *House Committee on Foreign Affairs*, Lee Hamilton.<sup>27</sup>

Im Unterschied zu Lord tritt Lilley für eine Entkettung von MFN und Menschenrechtssituation ein. Er sieht in dem ungehinderten Zugang der amerikanischen Wirtschaft in China das größte Potential für eine zukünftige demokratische Entwicklung des Landes. Lilley argumentiert, daß die langfristige Modernisierung der chinesischen Gesellschaft weitgehend vom Handel mit westlichen Demokratien abhängt. Als Beispiel dafür, daß Wirtschaftssanktionen und Handelsembargos nicht fruchten, nennt Lilley Vietnam, wo westliche Sanktionen keinen Erfolg bei der Umsetzung der Menschenrechte gebracht hatten. Im Gegenzug führt er die Entwicklung Südkoreas als positives Beispiel an: Handel und wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland ermöglichten die Bildung einer Mittelschicht, aus der dann eine machtvolle Bewegung mit den Wünschen nach Demokratie und Freiheit entstand. Ein zusätzlicher

---

24 Siehe Statement Winston Lord vor dem House Committee on Finance zum Thema: „Extending China's MFN Status“, House of Representatives, US Congress, Washington DC, 30. Juli 1992.

25 Gespräch mit Winston Lord am 2. Februar 1996 in Washington DC.

26 Siehe Lilley/Willkie (eds.): *Beyond MFN*, AEI, Washington DC 1994.

27 Autoren und Themen im einzelnen sind: „Introduction“ (Lee Hamilton), „China Policy in Clinton's First Year“ (David Michael Lampton), „Trade and the Waking Giant - China, Asia, and American Engagement“ (James Lilley), „US-China Trade and Investments in the 1990s“ (Claude Barfield), „Influencing Human Rights in China“ (Andrew Nathan), „American Policy and the Sentiments of the Chinese People“ (Anne Thurston), „Leveling the Playing Field for US Firms in China“ (Jerome A. Cohen und Matthew D. Bersani), „Why Does MFN Dominate America's China Policy?“ (Wendell Willkie), „MFN in the Spring of 1994“ (Wendell Willkie).

Garant für die Durchsetzung dieser Forderungen war nicht zuletzt die wirtschaftliche und militärische amerikanische Präsenz vor Ort, wie Lilley betont.<sup>28</sup>

Aus diesen Erfahrungen leitet er die notwendige amerikanische Chinapolitik der neunziger Jahre ab, die aus Engagement statt Isolation und Dialog statt Konfrontation bestehen solle. Als Basis sieht Lilley, wie auch Oksenberg, Sutter und Harding, die Durchsetzung amerikanischer Interessen im asiatisch-pazifischen Raum, Rüstungskontrollfragen und die internationale Zusammenarbeit bei globalen Problemen, vornehmlich im Rahmen von internationalen Organisationen. Die jährliche Debatte um Chinas MFN-Status ist seiner Meinung nach schädlich für das Ziel einer konstruktiven Partnerschaft zwischen China und den USA. Lilley schlägt deshalb eine dauerhafte Gewährung von MFN für China vor, ohne den alljährlich stattfindenden und China demütigenden Diskussionsmarathon. Dazu fehlt es allerdings, betont Lilleys Kollege Doak Barnett, an einer mutigen Initiative seitens der US-Regierung.

Der dritte Experte aus der praktischen Politik ist RICHARD BUSH. Bush arbeitet gegenwärtig im Mitarbeiterstab des *House Committee on Foreign Affairs*. Sein Spezialgebiet ist Asien, wobei sein Augenmerk und seine Expertise vor allem auf China und Taiwan liegen. Bushs Aufgabe im Kongreß umfaßt die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von Hearings des Komitees und seiner diversen *Subcommittees*.

Zur weltweiten Friedenssicherung und bei regionalen Konflikten in Asien ist für Bush eine Kooperation zwischen Washington und Beijing unerlässlich.<sup>29</sup> Hinsichtlich Taiwan favorisiert er eine Änderung der amerikanischen Politik. Die USA sollten ihre Ziele und Interessen in bezug auf Taiwan und China klar definieren, um das amerikanische Dilemma zu beenden, das aus dem Drang beider chinesischer Staaten nach mehr internationalem Ansehen und mehr Mitarbeit in globalen Körperschaften resultiert. Auch müßten die USA unbedingt vermeiden, Mittler in den Verhandlungen zwischen Beijing und Taipei zu werden. Aus dieser Aufgabe könnten auf allen Seiten nur falsche Hoffnungen erwachsen, die die USA nicht erfüllen würden.<sup>30</sup>

Einige Namen von Politikwissenschaftlern, deren Stimme in der Diskussion um die amerikanische Chinapolitik großes Gewicht hat, sollen hier nicht unerwähnt bleiben, auch wenn sie teilweise weniger regelmäßig an der Debatte partizipieren. Zu ihnen gehört die Professorin JUNE TEUFEL DREYER von der *Miami University* in Florida, die eine Reihe von Publikationen über die sicherheitspolitischen Interessen der USA in China veröffentlicht hat.<sup>31</sup> In ihrem jüngsten Werk setzt sie sich mit dem gesellschaftlichen und politischen Veränderungspotential in China in den nächsten Jahren

28 Gespräch mit James Lilley am 26. Mai 1995 in Washington DC.

29 Siehe Bush: „The Evolution of US Policy Toward China under the Clinton Administration“, unveröffentlichte Rede vom Dezember 1993.

30 Für eine detaillierte Diskussion dieser neuen Taiwan-Politik, siehe Bush: „Taiwan’s International Role: Implications for US Policy“, in Sutter: *Taiwan in World Affairs*, 1994, S. 277-302.

31 Siehe June Teufel Dreyer (ed.): *Chinese Defense and Foreign Policy*, Professors World Peace Academy, erschienen bei Paragon House, New York 1989, und *Asian Pacific Regional Security*, Washington Institute Press, Washington DC 1990.

auseinander.<sup>32</sup> Zwei weitere Fachleute sind ANDREW BRICK vom *Asian Studies Center* der *Heritage Foundation* und der sozialpolitische Chinaforscher STEVEN MOSHER. Brick bezieht sich in seinen Schriften auf aktuelle Themen in der Diskussion der Beziehungen zu China. Während er sich zur Hongkong-Politik der Regierung Bush kritisch äußerte,<sup>33</sup> favorisierte auch er eine Politik des „Constructive Engagement“<sup>34</sup> und unterstützte die Beibehaltung von Chinas Meistbegünstigungsstatus.<sup>34</sup>

Mosher ist Direktor des *Asian Studies Center* am *Claremont Institute for the Study of Political Statesmanship and Philosophy* in Montclair, California. Zu seinen wichtigsten Büchern der letzten Jahre zählen *China Misperceived: American Illusions and Chinese Reality* (1990) und *The United States and the Republic of China: Democratic Friends, Strategic Allies, and Economic Partners* (1992).<sup>35</sup>

Mosher kritisiert darin vor allem die überzogenen Erwartungen der USA hinsichtlich der Reformen in China. Er greift das Argument auf, das die Meinungsführer um Michel Oksenberg in die Diskussion brachten. Mosher folgert, daß die Enttäuschung über das Vorgehen der chinesischen Führung 1989 und über den Stillstand in den Reformen nur deshalb so groß war, weil weite Teile der Amerikaner nach den euphorischen Revolutionen in Osteuropa und dem Potential zur Veränderung in der Sowjetunion mit einer Demokratisierung Chinas und mit dem Sturz der chinesischen Regierung rechneten. Das chinesische Regime dachte aber nicht daran, sich seiner Machtposition berauben zu lassen. Auch war das nicht das primäre Ziel der Demonstranten, wie Mosher betont: Diese wollten in erster Linie mehr Rechte und Offenheit erzielen, aber im Rahmen des bestehenden und von der Kommunistischen Partei dominierten Systems. Die Folge der Ereignisse waren in den USA wachsende Sympathie mit den Studenten, deren Ziele die meisten Amerikaner mißverstanden oder nicht kannten, und wachsender Haß gegen die chinesische Führung, deren brutale Reaktion auf blankes Entsetzen in der amerikanischen Öffentlichkeit stieß. Beides hätte bei entsprechend gründlichem Studium der chinesischen Verhältnisse verhindert werden können. Für die künftige amerikanische Chinapolitik fordert Mosher mehr Realitätssinn, nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch bei amerikanischen Politikern.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß unter den "Meinungsführern" weitgehend Konsens herrscht über die Grundzüge der amerikanischen Chinapolitik. Die Politikwissenschaftler Oksenberg, Sutter und Harding treten für eine Politik der In-

32 Siehe Dreyer: *China's Political System: Modernization and Transition*, Paragon House, New York 1993.

33 Siehe Brick: "George Bush's Hong Kong Wake-up Call", *Executive Memorandum*, Heritage Foundation, Washington DC, 26. März 1992.

34 Siehe zum Beispiel Brick: „America-China Policy: Maintaining Constructive Engagement“, *Asian Studies Center (ASC) Background*, no. 118, Heritage Foundation, Washington DC, 15. November 1991; „Rebuilding US-China Relations“, *ASC Background*, no. 98, 25. Januar 1990; „The Case for Renewing China's Trade Status“, *ASC Background Update*, no. 160, 9. Mai 1991, und „Washington's Agonizing Decision: To Extend or Revoke China's Most-Favored Nation Trade Status“, *ASC Background*, no. 104, 8. Mai 1990.

35 Das erstgenannte Buch erschien bei Basic Books, New York 1990, das zweite bei Transaction Publishers, New Brunswick 1992.

tegration Chinas in die internationale Staatengemeinschaft ein und warnen gleichzeitig vor den negativen Folgen einer Isolierung. Auch Lieberthal, Friedman, Barnett und Lampton sehen die multinationale Einbindung als Voraussetzung für Chinas weiteren Modernisierungsweg.

Die Einschätzung der Politikwissenschaftler wird von den Vertretern der politischen Bühne Lord, Lilley und Bush bestätigt. Lord trat in der Vergangenheit zwar für eine härtere amerikanische Haltung bei Verhandlungen mit China ein, während Lilley und Bush einen moderateren Kurs propagieren. Alle drei verfolgen jedoch das gleiche Ziel: Kooperation mit China auf multilateraler und bilateraler Ebene, um die reformorientierten Kräfte in China zu unterstützen. Eine stärkere internationale Einbindung Chinas hätte langfristig auch eine verstärkte Einhaltung internationaler Normen und Maßstäbe durch China zur Folge, schließen die Chinaforscher.

Konsens besteht unter den Experten auch darüber, daß zur Erreichung amerikanischer Ziele harte Verhandlungen mit China notwendig sind. Sie verweisen auf die Notwendigkeit von Druckmitteln gegenüber Beijing. Diese liegen durchweg im wirtschaftlichen Bereich und schließen sicher auch MFN für die Zukunft nicht aus, wengleich dieser Trumpf nicht die von Lord erhofften Wirkungen gezeigt hatte. Die Wissenschaftler Oksenberg, Sutter und Harding stehen der MFN-Debatte kritisch gegenüber: MFN ist für sie die Basis der normalen Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern und sollte nicht für politische Zwecke verspielt werden. Am konzilientesten gibt sich der ehemalige Botschafter Lilley, der für eine dauerhafte Gewährung des Meistbegünstigungsstatus' an China eintritt.

Im Hinblick auf die zukünftige amerikanisch-chinesische Zusammenarbeit warnen die Experten einhellig vor überzogenen Hoffnungen, vor allem bei der Umsetzung der Menschenrechte in China. Sie fordern mehr Pragmatismus und Realitätssinn. Gegenseitige Zugeständnisse und Kompromisse seien zur Fortsetzung des bilateralen Dialogs unumgänglich. Lediglich auf multilateralem Feld sehen die Experten die internationalen und amerikanischen Druckmittel gegenüber China als wirkungsvoll an. Dieser Vorteil sollte durch eine Einbindung Chinas genutzt werden.

Die Zukunft Chinas und der chinesischen Reformen sei trotz des internationalen Engagements ungewiß, folgern die Chinaforscher. Rückschläge wie 1989 könnten auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden und seien für China eher typisch, wie Edward Friedman darlegt. Überstürzte Reformen führten ins Chaos und müßten angesichts der Folgeprobleme für China und die Welt vermieden werden.

Oksenberg, Sutter und Harding sind sich darüber einig, daß oberstes Ziel der Beziehungen zu Taiwan Frieden und Stabilität in der Dreiecksbeziehung mit China ist. Sie setzen ihre Hoffnungen vor allem auf die positiven Auswirkungen des integrierten Wirtschaftsraums bestehend aus Südchina, Hongkong und Taiwan. Aus wirtschaftlicher Stabilität könne politische Ruhe erwachsen, folgern sie. Diesem Trend gegenläufige Bewegungen wie taiwanesisches Unabhängigkeitsbestrebungen und chinesische Machtzugriffe auf Taiwan müßten nach Möglichkeit rechtzeitig erkannt und unterbunden werden. Dabei dürfe die USA aber nicht zum aktiven Vermittler zwischen beiden Staaten werden. Abweichend vom Konsens tritt Richard Bush für eine neue US-Taiwanpolitik ein. Er verweist auf die Notwendigkeit einer

Beendigung des amerikanischen Dilemmas, international mit zwei konkurrierenden chinesischen Staaten kooperieren zu wollen. Bush plädiert für mehr Transparenz in den Beziehungen und deutliche Worte aus Washington: Die USA sollten ihre Ziele in Taiwan und China klar definieren, um gegenwärtig bestehende Mißverständnisse auszuräumen und um falsche Hoffnungen auf beiden Seiten der Straße von Taiwan hinsichtlich amerikanischer Unterstützung zu vermeiden.

## 2 Die Spezialisten

### 2.1 Die Menschenrechtler

ANDREW NATHAN ist Professor für Political Science und Direktor des *East Asian Institute* der renommierten Columbia University in New York. Er arbeitete in der Vergangenheit für *amnesty international* und vertrat die Menschenrechtsorganisation auch bei Anhörungen im amerikanischen Kongreß. Zu seinen wichtigsten Publikationen zählen „Chinese Democracy in 1989“<sup>36</sup> und „Influencing Human Rights in China“ (1994)<sup>37</sup>.

Aufgrund der problematischen Menschenrechtssituation in China tritt Nathan für ein verstärktes Engagement der USA ein. Dabei hält er die amerikanische Drohung, China die Meistbegünstigung im Handel zu entziehen, für ein geeignetes politisches Druckmittel, um Zugeständnisse von der chinesischen Führung in Menschenrechtsfragen zu erzielen. Nathan setzt sich für die Beibehaltung der jährlichen MFN-Entscheidung ein. Seiner Meinung nach hat gerade die alljährlich ausgetragene Debatte den Verhandlungsspielraum der US-Regierung gegenüber Beijing vergrößert. Er erklärt, daß die drohende Kündigung des MFN-Status' Chinas Position zum Beispiel bei Gesprächen mit den USA über Copyright- und Patentschutz geschwächt habe und daß China deswegen zu Zugeständnissen bereit gewesen sei.

Nathan hält die in den USA kontrovers geführte Debatte über die amerikanisch-chinesischen Beziehungen gerade im Hinblick auf die Menschenrechtssituation für sinnvoll und wehrt sich gegen die seiner Meinung nach weit verbreitete Ansicht, daß dieser Streit eine einheitliche Politik gegenüber China erschwere. Nathan zufolge setzt Chinas internationale Akzeptanz und die Mitsprache bei globalen Fragen den Respekt vor internationalen Normen, zu denen die Menschenrechte gehören, voraus.

ROBIN MUNRO zählt zu den wenigen westlichen Beobachtern, die mit der letzten Gruppe der Studenten zusammen waren, die den Platz des Himmlischen Friedens in Beijing besetzten. Munro arbeitet unter anderem für die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch/Asia Watch*. Er publiziert regelmäßig in verschiedenen Magazinen wie *The Nation*<sup>38</sup> und ist an den Veröffentlichungen von *Asia Watch* über das Schicksal politischer Gefangener und die Unterdrückung religiöser Gruppen in Tibet beteiligt. Besonders erwähnenswert ist eine Reihe von *Asia Watch*-Veröffentlichungen, in denen die Organisation einzelne Strafverfahren Politischer Gefangener in China analysiert und Listen über die Festnahmen nach dem Tiananmen-

36 Siehe Nathan: „Chinese Democracy in 1989“, *Problems of Communism*, vol. 38, September/Oktober 1989.

37 Siehe Nathan: „Influencing Human Rights in China“, in: Lilley/Willkie: *Beyond MFN* (1994).

38 Siehe zum Beispiel „Who Died in Beijing and Why?“, *The Nation*, 11. Juni 1989.

Zwischenfall herausgibt. Robin Munro ist an diesen Publikationen federführend beteiligt.<sup>39</sup> Zusammen mit George Black hat Munro 1993 ein Buch herausgegeben, in dem er sich mit den Chancen der Demokratiebewegung in China befaßt.<sup>40</sup>

Robin Munro gilt als eine der zuverlässigsten Quellen hinsichtlich der Ereignisse in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989. Nach Munros Informationen wurde der Platz des Himmlischen Friedens kurz vor Sonnenaufgang evakuiert, ohne daß Demonstranten ihr Leben lassen mußten. Als Munro, der fließend Chinesisch spricht, später als Übersetzer für die Fernsehgesellschaft *BBC* mithalf, war er überrascht zu hören, daß in westlichen Medien vielfach von einem Massaker auf dem Platz gesprochen wurde, obwohl es keine sicheren Erkenntnisse darüber gab und Munros Erfahrungen in dieser Nacht dagegen sprachen. Auch heute noch sind die Meinungen über die tatsächlichen Begebenheiten gespalten.

Eine dritte Chinaexpertin, die für den Schutz der Menschenrechte in China eintritt, ist die Professorin für Political Science an der *Boston University* Merle Goldman. In ihrem jüngsten Buch *Sowing the Seeds of Democracy: Political Reform in the Deng Xiaoping Era*<sup>41</sup> analysiert Goldman die unterschiedlichen Kreise, die hinter der sogenannten Demokratiebewegung im Frühjahr 1989 standen. Als weitere Autoren, die für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in China eintreten, sind BETTE BAO LORD, die Ehefrau von Winston Lord und Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation *Freedom House*, sowie der Schriftsteller ORVILLE SCHELL zu nennen.<sup>42</sup>

## 2.2 Die Wirtschaftswissenschaftler

Die Riege der Wirtschaftswissenschaftler in den USA, die sich mit den amerikanisch-chinesischen Beziehungen beschäftigen, wird von NICHOLAS LARDY angeführt. Lardy, ein Schüler Edward Friedmans, arbeitet derzeit als Professor of Economics und Chinese Studies an der *Henry M. Jackson School of International Studies* der Washington State University in Seattle. Er publiziert für das *National Bureau of Asian and Soviet Research*. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf China. Lardy ist auch Mitglied des einflußreichen *National Committee on US-China Relations*.

39 Aus der Vielzahl dieser Publikationen hier nur einige wenige: *Punishment Season: Human Rights in China After Martial Law* (1990); Munro und Marianne Spiegel: *Two Years After Tiananmen: Political Prisoners in China - Cumulative Data* (1992); Munro und Mickey Spiegel: *Detained in China and Tibet: A Directory of Political and Religious Prisoners* (1994), alle Human Rights Watch/Asia Watch, New York.

40 Siehe Munro und Black: *Black Hands of Beijing: Lives of Defiance in China's Democracy Movement*, John Wiley, New York 1993.

41 Siehe Goldman: *Sowing the Seeds of Democracy*, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts 1994.

42 Siehe u. a. Bette Bao Lord: *Legacies - A Chinese Mosaic*, Fawcett Columbine, New York 1991, und *The Middle Heart*, Praeger, New York 1996; Orville Schell: *Mandate of Heaven: A New Generation of Entrepreneurs, Dissidents, Bohemians, and Technocrats Lay Claim to China's Future*, Simon & Schuster, New York 1994.

In seinem jüngsten Buch mit dem Titel *China in the World Economy* (1994)<sup>43</sup> greift Lardy erneut Themen auf, die er bereits in seiner 1991 erschienenen Schrift *Redefining US-China Economic Relations*<sup>44</sup> behandelt hat. In beiden Werken propagiert er ein verstärktes Engagement der US-Regierung und amerikanischer Investoren in China. Während weite Teile in den USA über die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel für China und schärfere Sanktionen debattierten, forderte er die Regierung auf, die noch verbliebenen Sanktionen gegen China aufzuheben und bessere Rahmenbedingungen für ein Fortschreiten der Integration der chinesischen Wirtschaft in den Weltmarkt zu schaffen.

Lardy tritt für eine Politik der Kooperation mit China ein, um das langfristige Ziel der Modernisierung der chinesischen Gesellschaft voranzutreiben. Nur durch verstärktes wirtschaftliches Engagement könnten die Aussichten auf Fortschritte vergrößert werden. Restriktive Maßnahmen, führt Lardy weiter aus, würden die konservativen Kräfte in der chinesischen Führung unterstützen, die Chinas Integration in den Weltmarkt wegen der politischen Konsequenzen einer solchen Stellung fürchteten. Ferner würde die Wiederherstellung der konstruktiven Beziehungen zu China die USA gleichauf mit anderen westlichen Industrienationen und Japan stellen, die alle schon viel früher ihre Sanktionen aufgehoben und ihre Beteiligung an Chinas Wachstum fortgesetzt haben. Amerikanische Firmen und Investoren dürften nicht länger an ihrem Auftrag in China gehindert werden.

Im Gegensatz zu anderen Chinaforschern sieht Lardy keinen Stillstand auf dem chinesischen Reformpfad:

I believe two years later it appears there was much less retrogression in economic reform after the Tiananmen tragedy than was perceived at the time. Reform has continued on a broad front, and in certain key areas it has actually accelerated.<sup>45</sup>

Nicholas Lardy ist der meistgefragte und meistbefragte unter den Chinaexperten, die sich mit den wirtschaftlichen Reformen in der VR befassen. Neben ihm gibt es aber noch einige weitere "Wirtschaftswissenschaftler", die wertvolle Beiträge zur Diskussion der amerikanisch-chinesischen Beziehungen geleistet haben. Zu diesen zählt die Lardy-Schülerin SUSAN SHIRK.

Susan Shirk arbeitet heute als Professorin an der *Graduate School of International Relations* und am *Department of Political Science* der University of California in San Diego. Sie ist gleichzeitig Direktorin des dortigen *Institute on Global Conflict and Cooperation*. Ihr jüngstes Buch, das unter Betreuung von Nicholas Lardy entstand, befaßt sich mit Chinas Politik der „Offenen Tür“ und dem Erfolg der Wirtschaftsreformen.<sup>46</sup>

---

43 Siehe Lardy: *China in the World Economy*, Institute for International Economics, Washington DC 1994.

44 Siehe Lardy: *Redefining US-China Economic Relations*, The National Bureau of Asian and Soviet Research, Seattle, Washington 1991.

45 Ebd., S. 15.

46 Siehe Shirk: *How China Opened Its Door - The Political Success of the PRC's Foreign Trade and Investment Reforms*, Brookings Institution, Washington DC 1994.

Susan Shirk analysiert die wirtschaftliche Entwicklung Chinas unter westlichem Einfluß und propagiert einen Kurs des langfristigen politischen Wandels durch wirtschaftliche Reformen.<sup>47</sup> Amerikanische Unternehmen und Investoren seien zu einer einflußreichen Gruppe in China erwachsen und beeinflussten sowohl das Tempo als auch den Inhalt des Reformkurses. In den Zeiten der Überhitzung der chinesischen Wirtschaft wie Ende der achtziger Jahre blieben neue Investoren und Handelspartner aus. Die chinesische Führung erkannte daraufhin die Notwendigkeit, Schritte gegen die fortschreitende Inflation einzuleiten, günstigere Rahmenbedingungen für den internationalen Handel und für den Zugang ausländischer Firmen auf dem chinesischen Markt zu schaffen und die Reformen fortzusetzen. Diese Schritte führten zu einer Neubelebung der chinesischen Wirtschaft und brachten in der Folge neue Investitionen. Anfang bis Mitte der neunziger Jahre blieben diese Bedingungen stabil, wengleich es Shirk zufolge in der Zukunft weitere Verbesserungen geben muß. Beijings Wille, der *WTO* beizutreten, sei das geeignete internationale Druckmittel, um im Gegenzug Konzessionen von China zu fordern.

Druck auf China im Hinblick auf Ausbau und Vertiefung der Reformen könne nur auf internationalem Parkett ausgeübt werden, meint Shirk. Unilaterale Anstrengungen der USA hätten keine Erfolge gezeigt und könnten als Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten ausgelegt werden. Für Susan Shirk ist der vergebliche Versuch der USA, China in Menschenrechtsfragen westliche Maßstäbe anzulegen, ein Beispiel dafür, daß bilateraler Druck allein nicht ausreiche.

Harry Harding führt in seinem Kommentar zu Susan Shirks Buch ergänzend aus, daß China heute mit seinen Reformen weiter fortgeschritten sei als etwa Taiwan oder Südkorea in vergleichbaren Entwicklungsstadien. Harding nennt Lardy, der wiederum China mit Japan vergleicht und zu dem Schluß kommt, daß Chinas Integration in die Weltwirtschaft heute stärker sei als die Japans.<sup>48</sup> Die weitere Integration Chinas werde jedoch langsamer und schwieriger von statten gehen als die bisherige.

Ein weiterer wichtiger Wirtschaftswissenschaftler soll hier nicht unerwähnt bleiben: Der Professor of Economics an der *Harvard University* EZRA VOGEL. In einer 1989 erschienenen Studie untersucht Vogel die wirtschaftlich besonders entwickelte und von Beijing geförderte südchinesische Provinz Guangdong, die an Hongkong angrenzt und deshalb von dort ansässigen Firmen als preiswerte Produktionsstätte genutzt wird.<sup>49</sup> In weiteren Veröffentlichungen setzt er sich mit dem mit den politischen Veränderungen bis zum Tiananmen-Zwischenfall sowie den Chancen für eine Fortsetzung des Reformkurses auseinander<sup>50</sup> und analysiert den Zukunftsmarkt

47 Siehe dazu auch Shirk: *The Political Logic of Economic Reform in China*, University of California Press, Berkeley, California 1993.

48 Vgl. Hardings Kommentar mit vielen Querverweisen zu Lardy, im Anhang zu Shirk: *How China Opened Its Door* (1994), S. 91ff.

49 Siehe Vogel: *One Step Ahead: Guangdong under Reform*, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts 1989.

50 Siehe Vogel und Deborah Davis (eds.): *Chinese Society on the Eve of Tiananmen: The Impact of Reform*, Council on East Asian Studies, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts 1990.

Asien, u.a. auch die zunehmende Verflechtung der Industrien Chinas, Taiwans und Hongkongs zum Wirtschaftsraum Großchina.<sup>51</sup>

### 2.3 Die Taiwanforscher

MARTIN LASATER ist Präsident des *Pacific Council* in Washington DC, einer von ihm 1987 gegründeten Forschungseinrichtung. Von 1981-83 war Lasater im Mitarbeiterstab des *Subcommittees on Foreign Operations and Military Construction* im Kongreß tätig. 1984 wurde er zum Direktor des *Asian Studies Center* der *Heritage Foundation* ernannt und war als solcher Vorgänger von Andrew Brick. Danach war Lasater als *Secretary of Navy Fellow* im *Department of Strategy and Policy* des *US Naval War Colleges* beschäftigt. Neben seiner Tätigkeit für den *Pacific Council* arbeitet Lasater heute auch am *Center for East Asian Studies* der *Pennsylvania State University*.

In dem 1993 veröffentlichten Buch *If China Crosses the Taiwan Strait*<sup>52</sup> analysiert Lasater die Wahrscheinlichkeit eines chinesischen Angriffs auf Taiwan. Unterstützt wird er in seiner Untersuchung von Parris Chang, dem Direktor der DPP-Mission in Washington, der auch Mitglied im Parlament Taiwans und dort *Chairman* des *Foreign Relations Committee* ist. Lasater kommt zu dem Ergebnis, daß ein chinesischer Angriff zwecks Wiedervereinigung des Festlands mit der Insel in den nächsten Jahren eher unwahrscheinlich ist, die Situation aber seitens der USA und Taiwans kontinuierliche Beobachtung und präventive Maßnahmen erfordere. Dazu gehöre, so Lasater, eine verstärkte Unterstützung der militärischen Aufrüstung Taiwans durch die USA, auch wenn diese chinesische Proteste nach sich ziehe.<sup>53</sup> Taiwans Waffentechnologie sei der der VR heute nicht mehr überlegen, so daß keine genügende Abschreckung Chinas mehr vorliege.

Lasater stellt in der Folge die Frage nach der Reaktion der USA auf einen eventuellen Angriff Chinas auf Taiwan. Er sieht mehrere Möglichkeiten, die von der Eskalation eines solchen Konfliktes, den Voraussetzungen und den Reaktionen der einzelnen Parteien aufeinander abhängen. Zum einen wäre im Krisenfall zu unterscheiden, wer der Verursacher eines Angriffs war, ob also eine reine Provokation Chinas vorliege oder eine chinesische Reaktion auf eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans. Zum anderen hänge die amerikanische Antwort weitgehend davon ab, ob es sich um einen begrenzten chinesischen Militärschlag handelt, ob sich dieser unmittelbar gegen die taiwanesischen Bevölkerung und ihre Städte richte oder ob eine chinesische Militärblockade gegen taiwanesischen Häfen erfolge. Letzteres würde den Handel Taiwans mit der Welt fast vollständig zum Erliegen bringen und auch amerikanische Handelsschiffe direkt betreffen. In jedem Fall, schließt Lasater, würden die USA ihre Antwort auf einen chinesischen Militärschlag sorgsam überdenken und mit den internationalen und regionalen Partnern abstimmen müssen. Ein chinesischer

51 Siehe Vogel: *The Four Little Dragons: The Spread of Industrialization in East Asia*, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts 1991.

52 Siehe Lasater und Chang (eds.): *If China Crosses the Taiwan Strait: The International Response*, University of America Press, Lanham, Maryland 1993. Zu den Autoren in diesem Buch zählen auch Robert Sutter, Mark Pratt, Paul Kreisberg, Harvey Feldman und Vernon A. Aspaturian.

53 Für eine bessere Analyse amerikanischer Waffenlieferungen, siehe Lasaters Aufsatz „US Arms Sales to Taiwan“, in: Mosher (ed.): *The US and China* (1992).

Überfall würde sich negativ auf das Verhältnis zwischen Washington und Beijing auswirken, aber nicht unbedingt eine amerikanische Militärintervention heraufbeschwören.

Der *Taiwan Relations Act* von 1979, der die Zusammenarbeit zwischen den USA und Taiwan seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing regelt, schafft Lasater zufolge einen relativ klaren politischen Rahmen für die amerikanische Reaktion auf einen chinesischen Angriff: Demzufolge sorgten die USA für die Selbstverteidigung Taiwans, ohne direkt in den Konflikt einzugreifen. Aufgrund der unterschiedlichen Gruppen in den USA mit ihren spezifischen Einzelinteressen an China und Taiwan wäre es für die US-Regierung allerdings schwierig, einen klaren politischen Kurs gegen alle Strömungen und gegen die öffentliche Meinung zu halten.

Auch der Taiwanforscher JOHN FRANKLIN COPPER hat die amerikanische Antwort auf einen chinesischen Angriff gegen Taiwan in seinem 1992 erschienenen Buch *China Diplomacy: The Washington-Taipei-Beijing Triangle* untersucht.<sup>54</sup> Er kommt wie Lasater zu dem Schluß, daß ein solcher Angriff unter den gegenwärtigen politischen Umständen unwahrscheinlich ist. Auch würde ein wirksamer militärischer Schlag Chinas mit dem Ziel der Unterwerfung Taiwans große Vorbereitungen erfordern, die nicht nur vom taiwanesischen Geheimdienst, sondern auch vom amerikanischen und russischen erkannt würden. Geeignete Maßnahmen gegen China, um die Führung in Beijing durch die Androhung wirtschaftlicher und politischer Sanktionen von einem solchen Militärschlag abzuhalten, könnten rechtzeitig in die Wege geleitet werden. Copper verweist hier auch auf die Möglichkeiten einer amerikanisch-russischen Kooperation im Falle einer nuklearen Bedrohung Taiwans.

Copper betont die moralische und historische Verpflichtung der USA, Taiwan im Krisenfall beizustehen. Falls die Regierung aus taktischen Gründen nicht dazu bereit sein sollte, käme es auf den Einfluß einiger amerikanischer Abgeordneten und Senatoren an, und wie sehr diese auf einer Unterstützung im Rahmen des *Taiwan Relations Act* beharren würden.

Die Chancen für ein Rapprochement zwischen China und Taiwan seien aufgrund der umfassenden Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gut. Beide Staaten hätten in den letzten Jahren und trotz jüngster Manöver Chinas vor der Küste Taiwans ein Interesse an der friedlichen Koexistenz gefunden. China könne und wolle von den wirtschaftlichen Erfolgen Taiwans lernen. Umgekehrt hätten viele taiwanesischen Unternehmen ihre Produktion auf das chinesische Festland verlagert. Copper schließt daraus, daß Taiwans Interesse am status quo größer sei als das an der nationalen Unabhängigkeit und daß für China die wirtschaftliche Modernisierung dringender sei als eine zweifelhafte Unterjochung Taiwans. Beide Positionen vermindern die Spannungen zwischen Beijing und Taibei, folgert Copper.<sup>55</sup>

54 Siehe Copper: *China Diplomacy: The Washington-Taipei-Beijing Triangle*, Westview Press, Boulder, Colorado 1992.

55 Copper hat einige weitere Schriften zu diesem Thema publiziert: *Taiwan's 1991 and 1992 Non-Supplemental Elections: Reaching a Higher State of Democracy*, University Press of America, Lan-

#### 2.4 Die Hongkong-Experten

ROGER SULLIVAN war bis 1992 Präsident des *US-China Business Council*, der wichtigsten amerikanischen Wirtschaftsorganisation, die die Interessen von US-Firmen in China wahrnimmt. Im Rahmen dieser Aufgabe hat Sullivan in der besonders schwierigen Phase der Beziehungen zu China nach 1989 regelmäßig an Hearings im amerikanischen Kongreß teilgenommen. Sein Interesse lag auf einer Beibehaltung von MFN für China, wobei er vor allem auf die Auswirkungen auf Hongkong verwies, von wo die meisten US-Unternehmen ihre Geschäftskontakte mit China pflegen.

Unterstützung für seine Argumente fand Sullivan vor allem bei JOHN KAMM, dem Präsidenten des *American Chamber of Commerce* in Hongkong sowie bei Kamms Nachfolger WILLIAM OVERHOLT, der heute unter anderem für den *Bankers Trust* arbeitet. Aufgrund seiner guten Kontakte in Washington tritt der Geschäftsmann Kamm auch nach seinem Rücktritt vom Vorsitz des *Chamber of Commerce* bei Hearings im Kongreß auf und betreibt Lobbyarbeit für Chinas MFN-Status.

Sullivan, Kamm und Overholt treten für eine Gewährung der Meistbegünstigungsklausel an China ohne zusätzliche Bedingungen ein. Zur Untermauerung ihrer Argumentation haben alle drei Berichte über die Aktivitäten amerikanischer Firmen in China verfasst sowie Studien zu den Auswirkungen eines MFN-Entzugs auf Hongkong. Sie kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß eine an bestimmte Konditionen geknüpfte MFN-Verlängerung nicht dem originären Sinn dieses Status entspricht. Die Meistbegünstigungsklausel, argumentieren sie, sei kein Politikinstrument, sondern die Basis für den normalen bilateralen Handel zwischen den USA und China. Diese Argumentation hatte sich auch Präsident Bush in der MFN-Debatte der Jahre 1990-92 zu eigen gemacht.

Sullivan hält die Meistbegünstigungsklausel für essentiell für Chinas Fortschritt und für eine weitere Integration der chinesischen Wirtschaft in den Weltmarkt. Die USA sollten zu diesem Zwecke alle Möglichkeiten der Kommunikation mit China nutzen, um den amerikanischen Einfluß auf die Entwicklung der VR zu bewahren, folgert Sullivan. Er hebt dabei den Aspekt einer zukünftigen Zusammenarbeit mit einer neuen Regierung in China hervor: Die Strukturen der Beziehungen sollten im Hinblick auf die nächste Generation der chinesischen Führung gepflegt werden.<sup>56</sup>

In seiner Studie über "USA, China, and Hong Kong in the Asia Pacific Region" geht Kamm auf die Folgen einer Nichtverlängerung von MFN an China ein. Er hebt vor allem den großen Schaden einer solchen Entscheidung für die bislang starke Verbindung zwischen Hongkong und China hervor: Die Region Südchina habe durch die Investitionen aus den USA, aus Hongkong und Taiwan ein starkes Wirtschaftswachstum genossen, das in der Folge die Reformkräfte in der chinesischen Führung und deren Modernisierungskurs unterstützte. Der Verlust des MFN-Status' würde

---

ham, Maryland 1994; *Words Across the Taiwan Strait: A Critique of Beijing's White Paper on China's Reunification*, University Press of America 1995.

56 Siehe Statement Sullivan vor den Subcommittees on Human Rights and International Organizations and on Asian and Pacific Affairs des House Committee on Foreign Affairs zum Thema „Most-Favored-Nation Status for the People's Republic of China“, House of Representatives, US Congress, 29. Mai 1991.

nummehr zu einer Isolierung Chinas und einer Stärkung der Hardliner beitragen. Damit trete genau der Fall ein, den die USA zu verhindern suchten.<sup>57</sup>

Auch William Overholt hält MFN für die Basis einer normalen Handelsbeziehung zu China. Nur einer Handvoll Staaten verweigere die USA den Meistbegünstigungsstatus aufgrund deren restriktiver Emigrationspolitik. China hingegen genieße den Status seit 1979, seit einer Zeit also, in der die Menschenrechtssituation dort weit problematischer war als in den neunziger Jahren.<sup>58</sup>

Alle drei Wirtschaftsfachleute empfehlen einen moderaten Kurs gegenüber China, der die wirtschaftlichen Interessen der USA und die Entwicklung der VR berücksichtigt. Nicht zuletzt profitieren viele US-Unternehmen vom Handel mit China. In der Diskussion der Meistbegünstigung warnen sie vor den weitreichenden Konsequenzen einer Konfrontation mit China für Hongkong: Verlust der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Hongkong; Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in den reformorientierten südlichen Provinzen Chinas; Verlust vieler Arbeitsplätze in den USA bei Firmen, die in den Handel mit Hongkong bzw. Südchina eingebunden sind; Anstieg der amerikanischen Verbraucherpreise für wichtige Artikel, vor allem im Niedrigpreissektor; Gefahr für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und demokratischen Systems in Hongkong nach der Übernahme durch China 1997.

### 3 Meinungsführer und Spezialisten im Vergleich

Während bei den Meinungsführern in der Debatte um die amerikanisch-chinesischen Beziehungen weitgehend Konsens herrscht über die ideale amerikanische Chinapolitik, gibt es bei den Spezialisten ganz unterschiedliche Schwerpunkte, die sich aus der jeweiligen Expertise des Spezialgebiets ergeben.

Andrew Nathan, Robin Munro und Merle Goldman weisen in ihren Publikationen auf Menschenrechtsverletzungen in China hin. Besonders Munro hat viel dazu beigetragen, genaue Zahlen über Gefangene, Gefolterte und Mißstände in China aufzuzeigen. Goldmans Schwerpunkt liegt mehr auf einer Analyse der Reformbewegungen und der verschiedenen Reformkräfte in China. Nathan nähert sich den Meinungsführern am nächsten. Er diskutiert nicht nur die amerikanische Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte in China, sondern weist auch auf die legitimen und nutzvollen Druckmittel MFN und Chinas internationale Integration hin. Nathans Konzept umfaßt damit die für eine wirksame Chinapolitik notwendigen Mittel und Taktiken. Er vereint Realitätssicht und Vision zu einer einheitlichen Politikstrategie.

57 Siehe Statement Kamm vom 29. Mai 1991, ebd.; Zu diesem Hearing hat Kamm auch einen Bericht über die Menschenrechtssituation in der südchinesischen Provinz Guangdong vorgestellt. Er kommt darin zu dem Ergebnis, daß die Menschenrechtssituation in Guangdong besser sei als in den meisten anderen chinesischen Provinzen. Als Gründe führt er das wirtschaftliche Engagement westlicher Staaten an, die reformfreudige und liberale Regionalregierung und eine in der Folge dieser Einflüsse aufgeklärte Bevölkerung, für die die Rechte des einzelnen nach westlichem Verständnis gelten.

58 Siehe Overholt: „US Economic Policy Toward China“, Vortrag auf einer Konferenz der Asia Society zum Thema *US-Japan Consultative Group on Policy Toward the PRC*, New York, 18. Dezember 1991. In seinem jüngsten Aufsatz setzt sich Overholt mit Chinas Zukunft nach Deng Xiaopings Tod auseinander: „China after Deng“, *Foreign Affairs*, Vol. 75, no.3, Mai/Juni 1996.

Die Wirtschaftswissenschaftler um Nicholas Lardy treten für den freien Handel mit China, den Abbau von chinesischen Handelsbeschränkungen, Erleichterungen für amerikanische Investoren in China und für den Erhalt der Meistbegünstigung für China ein. Lardy, Shirk und Vogel propagieren wie die Meinungsführer eine verstärkte Integration Chinas in die Weltwirtschaft und in multinationale Organisationen. Die Vorteile dieser Eingliederung sehen sie nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet und für amerikanische Unternehmen, sondern vor allem in der politischen Arena durch Chinas Akzeptanz internationaler Standards und Regeln. Während die Menschenrechtler auf die Verschlechterung der sozialen Bedingungen in China im Zuge der Niederschlagung der Proteste 1989 aufmerksam machen, können die Wirtschaftswissenschaftler diesen Rückschritt in der Entwicklung Chinas nicht ausmachen. Besonders Lardy und Shirk weisen darauf hin, daß die Niederschlagung und die politische Unsicherheit keine Verlangsamung der wirtschaftlichen Modernisierung Chinas mit sich gebracht haben. Vogel warnt wie Oksenberg, Sutter, Harding und Mosher vor unrealistischen Hoffnungen in den USA hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung Chinas.

Die Hongkong-Experten Sullivan, Kamm und Overholt stimmen in den Tenor der amerikanischen Wirtschaftsfachleute mit ihrer Forderung nach mehr Selbstregulierung des chinesischen Marktes und weniger Moralisierung der China-Debatte ein. Wie Lardy et al. unterstützen sie die Integration Chinas in die internationale Staatengemeinschaft.

Die Beiträge der Taiwanforscher reflektieren vor allem die Bedrohung Taiwans durch China. Lasater und Copper setzen sich mit den möglichen und wahrscheinlichen Reaktionen der USA auf einen chinesischen Angriff auseinander. Beide kommen zu dem Ergebnis, daß in der aktuellen Situation aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung beider chinesischer Staaten trotz chinesischer Drohgebärden ein Militärschlag seitens Beijing nicht zu erwarten ist. Sie verweisen jedoch auf den notwendigen amerikanischen Beistand Taiwans im Krisenfall, halten allerdings eine militärische Intervention der USA zugunsten Taiwans für ausgeschlossen.

Wie nicht anders zu erwarten war, sind die Argumente der Meinungsführer umfassender, aber auch ausgeglichener als die der Spezialisten. Vor allem Oksenberg, Sutter und Harding entwerfen ein realistisches Bild der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Demgegenüber dürften einige Menschenrechtler, aber auch etliche der Wirtschaftswissenschaftler ein eher idealistisches Bild auf China projizieren. Damit erweisen sie dem problematischen Verhältnis zwischen Washington und Beijing keinen Dienst, denn sie fördern einerseits in den USA überzogene Hoffnungen und tragen somit andererseits zu dem historisch fatalen Eindruck bei, das Schicksal Chinas liege in den Händen der amerikanischen Chinapolitiker.